

Die Ausnahme bestätigt die Regel – Die Rolle der USA im Nahost-Konflikt

Washington: Diesen Januar hat die US-Regierung unter Donald Trump einen Plan veröffentlicht, der den Nahost-Konflikt beenden soll. Er sieht vor, dass völkerrechtlich illegale Siedlungen Israels von Palästina akzeptiert werden sollen. Doch dahinter steckt nicht nur Außenpolitik.



Israels Premierminister Netanjahu zu Besuch im Weißen Haus bei US-Präsident Donald Trump. *The White House*

Der historische Hintergrund

Der Streit um Israel und Jerusalem ist schon sehr, sehr alt. Als man schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg das britische Mandatsgebiet an der Mittelmeerküste, welches sowohl den Palästinensern als auch den israelischen Juden versprochen wurde, zwischen beiden Völkern aufteilen wollte, sollten die geplanten Grenzen nicht lange halten. In der Nacht des 14. Mai 1948, in der der israelische Staat von David Ben Gurion ausgerufen wurde, griffen die umliegenden arabischen Staaten direkt an. Israel war jedoch vorbereitet und schlug die Angreifer aus fünf Nationen in die Flucht, wobei es große, für die Palästinenser vorgesehene Gebiete eroberte. Übrig für sie blieben nur das Westjordanland unter jordanischer Besatzung sowie der Gaza-Streifen unter der Besatzung Ägyptens. Je 700.000 Araber und Juden verloren ihre Heimat. Doch man lernte nicht aus dem Krieg. 1967 bereiteten die arabischen Nachbarn erneut eine

Attacke auf Israel vor. Allerdings wurden sie in einem Präventivangriff, dem Sechstagekrieg, in kürzester Zeit vernichtend geschlagen. Dies hatte zur Folge, dass Israel die neue Besatzungsmacht der palästinensischen Gebiete wurde. Trotz vieler Aufstände und weiterer Kriege wie dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 wurden in der Zwischenzeit Friedensverhandlungen aufgenommen, was 2005 in einer Räumung aller israelischen Siedlungen im Gaza-Streifen resultierte. Dennoch wurde Israel weiterhin aus dem Streifen mit Raketen beschossen. Ebenfalls blieben die von der UN als illegal eingestuften israelischen Siedlungen im Westjordanland erhalten.

Der Status quo

Die israelische Regierung hat um das Westjordanland eine Mauer errichtet. Diese verstärkt die Grenze – allerdings nicht die reale. Zum größten Teil verläuft sie innerhalb des palästinensischen

PANORAMA

Gebiets und entlang der völkerrechtswidrigen Siedlungen. Viele Palästinenser erleben durch die Besetzung Einschränkungen in ihrer Bewegungsfreiheit und Grundnahrungsmittelversorgung. Dadurch bekommt die radikal-politische und paramilitärische Hamas, eine islamistische Widerstandsbewegung, die sich gegen Israel verbrüdet hat, immer mehr Zulauf. Eine Deeskalation scheint in weiter Ferne zu liegen.



Die Sperranlage Israels, hier bei Bethlehem.

Pixabay

„Deal of the Century“

Doch der Plan des US-Präsidenten Donald Trump, von ihm „Deal des Jahrhunderts“ genannt, soll diese wieder greifbar machen. Palästina würde offiziell als Staat anerkannt werden und könne dort existieren, wo keine israelischen Interessen tangiert werden. Doch der Preis dafür ist hoch: Palästina müsste im Gegenzug den Staat Israel in den neuen Grenzen anerkennen, der Gewalt abschwören und entmilitarisiert werden; das gelte auch für die Hamas. Das Gebiet des Westjordanlands solle um 30 Prozent verkleinert werden, dafür aber mit kleinen Teilen im Süden Israels ausgeglichen werden. Von dem ewigen Zankapfel Jerusalem, welches beide Seiten als ihre jeweilige Hauptstadt ansehen, würde den Palästinensern nur verslumte Vororte übriggelassen werden. Die israelischen Siedlungen im Westjordanland würden bestehen bleiben und offiziell israelisch werden, der 93 Kilometer entfernte Gaza-Streifen über einen Bahntunnel mit dem Westjordanland verbunden werden. Die palästinensische Grundfläche wäre faktisch größer als aktuell, jedoch sähe die Landkarte aus wie ein zerrupfter Flickenteppich.

Dieser Plan gleiche, so Experten, eher einem Diktat statt einem fairen Deal. Juristisch betrachtet widerspreche der Plan auch diversen UN-

Resolutionen und dem Völkerrecht. Dementsprechend war es auch keine Überraschung, dass der palästinensische Präsident Mahmud Abbas den „Deal des Jahrhunderts“ lieber „Ohrfeige des Jahrhunderts“ nannte. Ebenfalls kündigte er an, mit weiteren „Ohrfeigen“ zu antworten. Was genau das heißt, blieb bisher unklar.



Karte Israels und der palästinensischen Gebiete UN

Innenpolitische Interessen

Doch weshalb wird von amerikanischer und israelischer Seite ein sogenannter Friedensplan so sehr in den Vordergrund gestellt, der bereits vor jeder Verhandlung zum Scheitern verurteilt scheint? Eine Deutungshypothese ist die, dass der Plan – sowohl von Seiten Israels, als auch von den USA – eher innenpolitisch genutzt wird. In beiden Ländern stehen dieses Jahr Wahlen an. Trump verdeutliche mit dem Angebot seiner Wählerschaft, dass er Versprechen halte und sich um anhaltenden Frieden bemühe. So hatte er zu Beginn seiner Amtszeit versprochen, den Nahostkonflikt zu lösen. Grundsätzlich wäre er damit auch nicht der erste. Bereits US-Präsident Bill Clinton nutzte die Friedensverhandlungen

im Nahost-Konflikt für seine Zwecke. Weiter setzt Trump deutlich auf die zwar kleine, aber verlässliche und einflussreiche Gruppe der jüdischen Wähler. Deutlich ist seine Erwartungshaltung bei einer Pressekonferenz am 20. August 2019 geworden, bei dem er jüdischen Anhängern der Demokratischen Partei pauschal „Illoyalität“ und „Ahnungslosigkeit“ vorwarf.

Der Premierminister Benjamin Netanjahu hingegen baute seinen ganzen Wahlkampf auf die Annexion der Siedlungen auf. Auch für ihn sollte der Deal große Vorteile bei den Wahlen bringen, besonders bei den ultraorthodoxen Juden, die ihrerseits den Siedlungsbau betreiben. Dazu droht Netanjahu eine Anklage unter anderem wegen Korruption und Betrug, von der er ablenken wollte.

Amerikanische Denkweisen

Doch wie kann es unter Präsident Trump zu solchen völkerrechtsverletzenden und international auf breite Ablehnung stoßenden Alleingängen kommen? Wer hier die amerikanische Position auf durchaus häufig vorkommende Launen und Eigenarten der Trump-Administration reduziert, übersieht eine gewisse Kontinuität in der US-Außenpolitik und vor allem in dem Selbstverständnis der Amerikaner. Antworten liefert hier die Ideologie des „Amerikanischen Exzptionalismus“. Sie besagt, dass die USA eine Sonderstellung, eine Ausnahmestellung gegenüber anderen Ländern einnimmt. Dieser Gedanke ist tief in der US-amerikanischen Geschichte verankert. Angefangen hat alles mit Puritanern, einer verfolgten christlichen Minderheit, die sich im 16. Jahrhundert in Amerika niederließen, um dort ein Leben im Einklang mit Gott zu führen. Unter ihnen baute sich das Kollektivbewusstsein auf, Gottes auserwählte Siedler zu sein, die ein neues heiliges Land von ihm geschenkt bekommen hätten. Diese biblischen Parallelen zur Geschichte Moses dürfte auch ein Grund für die besondere Nähe zu Israel sein.

Dieses ohnehin schon stark ausgeprägte Bewusstsein einer höheren Stellung wurde durch viele Faktoren weiter beeinflusst: ob es nun die Tatsache war, dass die USA eine der ersten demokratischen Nationen waren, seit dem Unabhängigkeitskrieg kein Krieg mehr auf eigenem Boden geführt hatten oder aus zwei Weltkriegen

und dem Kalten Krieg als mittlerweile einzige echte Weltmacht hervorgingen.



„American Progress“ – Gemälde von John Gast aus dem Jahre 1872, welches Columbia, die weibliche Personifizierung der Vereinigten Staaten, zeigt, wie sie die Siedler in den Westen führt. Zudem bringt sie den Fortschritt aus dem hellen Osten in den dunklen Westen – zum Leidwesen der indigenen Bevölkerung.

„Manifest Destiny“ ist eine ganz ähnliche Doktrin, in der die „offensichtliche Bestimmung“ der USA zur Expansion festgehalten wurde. Mit dem Begriff ist das Verlangen, die amerikanischen Ideale, nämlich ihre Freiheit und Tradition, durch eine Erweiterung der Grenzen in die Welt hinauszutragen. Unter dieser Fahne erfolgte zwar zuerst nur die Expansion gen Westen der Siedler im 19. Jahrhundert, jedoch ist der Wunsch nach neuen Grenzen auch heute noch vorhanden, wie man zum Beispiel an dem geplanten Mondbasisprojekt der NASA, jedoch auch an der „Demokratisierungsmission“ der USA weltweit erkennen kann.

Durch dieses Weltbild ist, um auf die obige Frage zurückzukommen, auch die zionistische Position der USA im Nahost-Konflikt zu verstehen. Israel ist hier nichts als der kleine Zwilling Amerikas, den es an einer wortwörtlich neuen Grenze zu unterstützen gilt, um die Demokratie weiter zu verbreiten. Gleichzeitig sind es vor allem innenpolitische Interessen, welche die amerikanische Außenpolitik lenken – und das nicht erst seit der Regierung Trump. Jedoch ist und bleibt fraglich, ob eine einseitige Befürwortung der Demokratie unter den beiden Konfliktparteien wirklich der demokratische Weg ist.

Julius Hahnwald